

112 87-84

# Glup hält an Münchehagen fest

Untersuchungsausschuß hörte Minister an / „Bankrotterklärung“

Eigener Bericht

ut. Hannover

Die Landesregierung hat sich im Streit um die Sondermülldeponie Münchehagen (Kreis Nienburg) dem Spruch des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg gebeugt: Landwirtschaftsminister Gerhard Glup teilte dem Sondermüll-Untersuchungsausschuß des Landtages am Dienstagnachmittag mit, daß die Landesregierung keine Chancen sieht, die Wiedereröffnung der Deponie vor Gericht zu erzwingen. Glup kündigte an, daß er den Standort Münchehagen bei Rehburg-Loccum jedoch nicht fallenlassen werde. Für den bereits ausgehobenen Polder IV in Münchehagen soll jetzt - wie vom OVG Lüneburg dringend empfohlen - das fehlende Planfeststellungsverfahren nachgeholt werden.

Glup räumte vor dem Untersuchungsausschuß ein, daß der Spruch der Lüneburger Verwaltungsrichter sein Ministerium in Verlegenheit gebracht habe. Der Minister erwartet für die nächsten ein bis zwei Jahre

ernste Engpässe bei der Entsorgung von chemischen Sonderabfällen in Niedersachsen. Die Deponie in Münchehagen stehe, so sagte der Minister, frühestens in zwei Jahren wieder zur Verfügung, und die Deponie in Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) werde voraussichtlich noch in diesem Jahr gefüllt sein.

Zwar werde die Grube in Hoheneggelsen in absehbarer Zeit erweitert werden können, dennoch komme Niedersachsen nicht um einen Export seiner Sonderabfälle in andere Bundesländer oder zur DDR-Deponie nach Schönberg herum. Glup bat bei den Industrieunternehmen um Verständnis für die Lage.

Abgeordnete der SPD-Fraktion und der Grünen bezeichneten Glups Bericht im Untersuchungsausschuß als Bankrotterklärung. Der Minister habe es versäumt, im Bereich der Sondermüllbeseitigung Vorsorge zu treffen. Besonders kleinere Betriebe, die keine Möglichkeiten zum Zwischenlagern haben, seien von den Engpässen betroffen.